

21.09.95

Antrag

der Länder Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

zur

Entschließung des Bundesrates zu den Atombombentests im Südpazifik und in der Volksrepublik China

- Antrag des Landes Niedersachsen -

Punkt 15 der 688. Sitzung des Bundesrates am 22. September 1995

Der Bundesrat möge die Entschließung in folgender Fassung annehmen:

1. Mit großer Sorge nimmt der Bundesrat die in jüngster Zeit vorgenommenen Atombombenversuche zur Kenntnis.
2. Atomwaffentests bedeuten eine Gefährdung für Menschen und Umwelt mit unabsehbaren Folgen für das davon betroffene Ökosystem.
3. Darüber hinaus haben viele Staaten einer unbegrenzten Verlängerung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen nur in der Erwartung zugestimmt, daß die Staaten, die über Atomwaffen verfügen, größte Zurückhaltung bei Atomtests bis zum Abschluß eines umfassenden Vertrages zum Verbot von Atombombentests üben. Durch die nunmehr vorgenommenen und geplanten weiteren Atomtests könnte das Vertrauen dieser Staaten enttäuscht und Zweifel am Ziel einer globalen nuklearen Abrstung ausgelöst werden.
4. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung deshalb auf,
 - entschieden alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, um möglichst schnell ein weltweites Atomwaffenteststop-Abkommen zu erreichen;
 - sich bis zum Abschluß eines solchen Abkommens für ein weltweites Moratorium von Atomtests einzusetzen.

Ausgeliefert am 21. SEP. 1995